



Chronik

**100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin**

18. Juni 1897 bis 1997

in 13 Kapiteln

**Eine Gemeinschaftsarbeit
der Arbeitsgruppe *Chronik* des Senioren-Arbeitskreises
der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin**

Vorwort

Nach Jahren intensiver Recherche und engagierter Diskussionen hat die Arbeitsgruppe Chronik des Senioren-Arbeitskreises unserer Verwaltungsstelle eine umfassende Darstellung über 100 Jahre Berliner Metallgewerkschaft vorgelegt. Das Autorenkollektiv, so bemerkt man beim Lesen sehr bald, hat nicht nur eine Fülle zeitgeschichtlichen Materials aufbereitet, sondern darüber hinaus auch um eine Bewertung der Fakten gerungen. Die Autoren haben dabei einerseits intensiv gemeinsame Einschätzungen erarbeitet, auf der anderen Seite bestand dennoch keine Scheu, kontroverse Positionen offen zu benennen.

Ein geschichtlicher Ausschnitt der Berliner Arbeiterbewegung mit den gewerkschaftlichen und politischen Theorien wird gründlich beleuchtet. Herausgekommen ist ein faktenreicher Text, der für Einige mit einer Fülle neuer Informationen aufwartet und dessen politische Einschätzungen und Bewertungen sowohl auf Zustimmung als auch auf Ablehnung stoßen werden, was allenfalls bei oberflächlicher Betrachtungsweise verwundern mag. Die Autoren standen schließlich vor der schwierigen Aufgabe, sich mit den Fakten und deren Bewertung eines sehr widersprüchlichen Kapitels deutscher Geschichte auseinanderzusetzen: Ein Zeitraum, der zwei von Deutschland erklärte Weltkriege umfasst, der den Untergang der Weimarer Republik, das Verbot freier Gewerkschaften, die Teilung Deutschlands in zwei Staaten ebenso wie die Wiedervereinigung einschließt.

Die intensive Arbeit der AG Chronik ermöglicht uns einen detaillierten Einblick in die Geschichte der Berliner Verwaltungsstelle der IG Metall, der nicht den Anspruch auf Allgemeingültigkeit oder ideologische Ausgewogenheit erhebt, aber zur kritischen Auseinandersetzung einlädt.

Die Autoren haben sich – das will ich besonders hervorheben – ihrer Aufgabe mit Leidenschaft und Engagement gestellt. Hier haben Kollegen Stellung bezogen, die wichtige hauptamtliche Funktionen in West und Ost innehatten, die verantwortliche Positionen in der betrieblichen Interessenvertretung einnahmen. Anders gesagt: Hier kommen kompetente Gewerkschafter mit einem breiten, sehr unterschiedlichen Erfahrungshintergrund zu Wort.

Im Namen des Ortsvorstandes danke ich allen Autoren und der Arbeitsgruppe. Uns allen wünsche ich, dass dieser Beitrag zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung interessierte Leserinnen und Leser findet, die sich engagiert an der Diskussion um die Weiterentwicklung unserer IG Metall beteiligen.

Arno Hager

1. Bevollmächtigter der IG Metall,
Verwaltungsstelle Berlin

Berlin, Juni 2007

Juli 2007

Herausgeber:
IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin

Inhalt	Autor	Zeitabschnitt	Seite
Vorwort			1
I	Wolfgang Mähler	Von den Anfängen bis 1897	5
I a	Wolfgang Mähler	Die Gründung der Verwaltungsstelle	15
II	Wolfgang Mähler	1897 bis 1914	21
III	Wolfgang Mähler	1914 bis 1918	27
IV	Wolfgang Mähler	1918 bis 1933	33
	Privatbesitz Willi Buley	1933 und das Ende - Dokumente aus den letzten Monaten des DMV	54
V	Wolfgang Mähler	1933 bis 1945	67
VI	Waldemar Mertins	1945 bis 1948	79
VII	Friedrich Wendtland	1948 bis 1962 Ost	119
VIII	Wolfgang Mähler	1948 bis 1962 West	131
IX	Friedrich Wendtland / Gerhard Schweitzer	1962 bis 1989 Ost	199
X	Arbeitsgruppe Chronik	1962 bis 1989 West	225
	X.1 Gerhard Schweitzer	1962 bis 1965	227
	X.2 Friedrich Wendtland	1966 bis 1974	231
	X.3 Waldemar Mertins	1975 bis 1980	239
	X.4 Helmut Wichert	1981 bis 1989	242
XI	Friedrich Wendtland	1989 bis 1990 Ost	249
XII	Manfred Foede	1989 bis 1991 West	265
XIII	Arbeitsgruppe Chronik	1990 bis 1997	337
Verzeichnis der Abbildungen und Grafiken			349

Diese Chronik hat den Bearbeitungsstand vom 18. Mai 2007

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin
18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel I
Von den Anfängen bis 1897

Autor: Wolfgang Mähler

Die Berliner Metallarbeiter von den Anfängen bis 1897

Die Anfänge der Berliner Metallarbeiterbewegung gehen bis in die Revolutionsjahre 1848/49 zurück. In dieser Zeit waren in Berlin schon größere Betriebe der Metallindustrie vorhanden, in deren Arbeiterschaft das Bestreben nach Höherführung der Lebenshaltung und Verminderung der kapitalistischen Ausbeutung vorhanden war.

So war es durchaus zu verstehen, dass unter den revolutionären Barrikadenkämpfern an erster Stelle die Arbeiter der Metallbetriebe Berlins standen, die auch damals schon von einem, wenn auch noch unbestimmten Gefühl zum Klassenkampf geführt wurden. Der Drang der Berliner Metallarbeiter, ihren Teil zu einer Änderung der Verhältnisse beizutragen, wirkte sich damals noch nicht auf wirtschaftliche Gebiete aus, sondern hauptsächlich in dem Bestreben, durch Änderung der politischen Herrschaftsverhältnisse den Weg der wirtschaftlichen Befreiung gleichzeitig mitzugehen. Die Unklarheit in der Bewertung der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Vormachtstellung und politischer Herrschaft war durchaus begreiflich, weil die Arbeiterschaft damals mit den ökonomischen Problemen noch nicht vertraut sein konnte, da die grundlegenden Werke über die Klassenökonomie von Marx noch nicht geschrieben waren. Während in allen anderen Industrien das Innungswesen und der handwerksmäßige Betrieb noch allein maßgebend waren, machten sich in der Maschinenindustrie Berlins schon die Ansätze der größeren Fabrikbetriebe bemerkbar, die sich später zu der gewaltigen Berliner Metallindustrie auswachsen sollten.

Nachdem die Berliner Metallarbeiterschaft in der 1848er Revolution ihre Haut für die Interessen des sich entwickelnden Kapitals zu Markte getragen und die bürgerliche Gesellschaft dem Feudalismus bestimmte Bewegungsfreiheit abgerungen hatte, fand die Mehrheit der Bourgeoisie kein Interesse daran, ihren Arbeitern zu persönlichen und politischen Freiheiten zu verhelfen. Die bürgerlichen Schichten machten Frieden mit der herrschenden Adelsschicht, um dann gemeinsam zur erneuten, verstärkten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft überzugehen. Es folgte eine Zeit der schwärzesten Reaktion. In stumpfer Gleichgültigkeit lebte der größte Teil der Arbeiterschaft dahin, und selbst, wenn nur der leiseste Versuch von einigen beherzten Idealisten unternommen wurde, die Arbeiter zu neuem, bewussten, klassenkämpferischen Handeln wachzurütteln, wurden diese Versuche mit den brutalen Mitteln militärischer wie gerichtlicher Gewalt unterdrückt.

Die gesetzliche Grundlage zur Durchführung dieser Unterdrückungsmaßnahmen wurde der herrschenden Klasse durch ein Gesetz des Norddeutschen Bundes vom Jahre 1854 in die Hand gegeben, das genau wie die 1878 folgenden Ausnahmegesetze jede Vereinstätigkeit der Arbeiter auf sozialistischer Grundlage verbot.

Erst das Auftreten Lassalles wirkte wie ein die Finsternis durchdringender Lichtstrahl. An seinen im ganzen Lande gehaltenen anfeuernden Reden begeisterte sich die im Elend lebende Arbeiterschaft. Die Frucht dieser Agitation war, dass sich in Berlin der erste Ansatz einer organisatorischen Zusammenfassung von Arbeitern bemerkbar machte. Der Lassalle'sche Arbeiterverein, der so genannte "Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Unterstützungs-Verein", und die Eisenacher Arbeitervereinigung, die so genannte "Internationale Gewerksgenossenschaft", errichteten in Berlin Nebenstellen.

Für die Metallarbeiter Berlins wurde eine besondere Vereinigung gebildet, die im Banne Lassalle'scher Geistesauffassung stand und eine Filiale der "**Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterschaft**" mit Sitz in Hannover war. Diese Vereinigung war in Berlin der erste Versuch, die hiesigen Metallarbeiter gewerkschaftlich zusammenzuschließen. In einem ziemlich umfangreichen Statut wurden die verschiedenartigsten Unterstützungseinrichtungen festgesetzt, zum Beispiel bei handwerksmäßigen Reisen, bei Arbeitslosigkeit und auch bei Streiks.



Abb. 1: Titelseite eines Mitgliedsbuches der Lassalle'schen Metallarbeiterschaft

den Maschinenbauer-Vereins anzusprechen, der bei seiner Gründung eine freigewerkschaftliche Tendenz nicht hatte, sondern sich in dem damals üblichen liberalen Fahrwasser bewegte (1).

Die Hamburger Maschinenbauer regten für den 5., 6. und 7. April 1874 einen allgemeinen Metallarbeiter-Kongress in Hannover an. In 13 Metallarbeiter-Versammlungen, die der Berliner Maschinenbauer-Verein arrangiert hatte, sollten sich die Berliner Maschinenbauer und Arbeiter verwandter Gewerbe mit den auf dem Kongress zu behandelnden Fragen beschäftigen. In allen Stadtteilen waren diese Versammlungen vorgesehen, deren Einberufer U. Meyer und U. Bähge waren. Die erste dieser Versammlungen wurde in der Sophienstraße 15 abgehalten, in der Bähge als Referent vor etwa 400 Metallarbeitern auftrat.

Diese erste, auf freigewerkschaftlicher Grundlage beruhende Metallarbeiter-Vereinigung Berlins hatte leider nur eine kurze Lebensdauer. Nach Beendigung des Krieges 1870/71 löste sie sich auf und ging in den "Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Unterstützungsverein" über. Dieser war nicht mehr eine reine Metallarbeiter-Organisation, sondern eine Zusammenfassung aller mit den damaligen politischen und wirtschaftlichen Zuständen nicht zufriedenen Arbeiter.

Die Arbeiterschaft brachte der Vereinigung aber nur ein sehr bedingtes Interesse entgegen, infolgedessen war die Lebensfähigkeit dieser Organisation außerordentlich gering; nach kurzer Zeit verschwand sie infolge immer stärkeren Mitgliederschwundes von der Bildfläche. Ein zweiter Versuch, über den Rahmen der örtlichen Verhältnisse hinaus eine Zusammenfassung bestimmter Fachgruppen zu erreichen, erfolgte im Jahre 1847 auf Anregung des Hamburger Maschinenbauer-Verein durch den Verein Berliner Maschinenbauer. Dieser Verein ist wohl als letzter Ausläufer eines im Jahre 1863 in Berlin gegrün-

Mit regem Eifer wurden die Versammlungseinladungen an den Straßenecken angeklebt. Aber diese Propaganda lockte auch die ganz besondere Sorgfalt der Polizei heraus, die nun mit einem großen Aufgebot Jagd auf diese Versammlungs-Aufforderungen machte. Soweit die Versammlungszettel für die Polizei öffentlich zu erreichen waren, konnte der Vernichtungskrieg dagegen geführt werden; anders war es, wenn mit der damaligen Arbeiterbewegung sympathisierende Geschäftsleute in ihren Schaufenstern die Versammlungseinladungen aushingen.

Voller Empörung wurde in einer Anzahl von Polizeiberichten auf das unbotmäßige Verhalten einer Anzahl Berliner Bürger, zum Beispiel des Uhrmachers Thierstein, hingewiesen, weil dieser in seinem Schaufenster eines dieser Versammlungsplakate ausgehängt hatte.

Wenn damit eigentlich schon genügend die liebevolle Aufmerksamkeit der Polizei für Thierstein hervorgerufen werden konnte, so musste diese Aufmerksamkeit in grenzenlose Wut ausarten, als er mit der Versammlungseinladung auch noch die Zusammenstellungen Lassallescher Schriften aushing und damit diese der Bevölkerung zur Lektüre anbot.

Trotz alledem fanden die Versammlungen statt. Als Referenten in diesen Versammlungen sprachen Hasenclever, Fritsche, Reimer, Bähge, Jakob, Schwedendick, Beek und Hutheit.

Der erste öffentliche Aufruf zu diesem Gründungskongress einer zu schaffenden Metallarbeiter-Zentralorganisation erschien am 15. März 1874 in der "Staatsbürger-Zeitung".

Der Kongress, der an Ostern 1874 in Hannover stattfand, war durch 53 Delegierte der Maschinenbauer-Vereine Deutschlands beschickt, die zirka 50.000 Mitglieder vertraten. Zum 1. Vorsitzenden der neu gegründeten Zentralorganisation, die den Namen "Allgemeiner Metallarbeiter-Verband" annahm, wurde Bähge, Berlin, gewählt.

Im Gegensatz zur "Allgemeinen Metallarbeiterschaft", die, wie vorher geschildert, schon 1869 gegründet wurde, stand diese Zentralorganisation auf dem Boden der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführten Eisenacher Richtung, die schon damals mehr die Internationalität der Arbeiterbewegung betonte, während die Lassalle'sche Richtung auf nationaler Grundlage ein genügend großes Betätigungsfeld zu finden glaubte. Mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes verfiel auch dieser Versuch der Bildung einer Fach-Zentralorganisation der Auflösung.

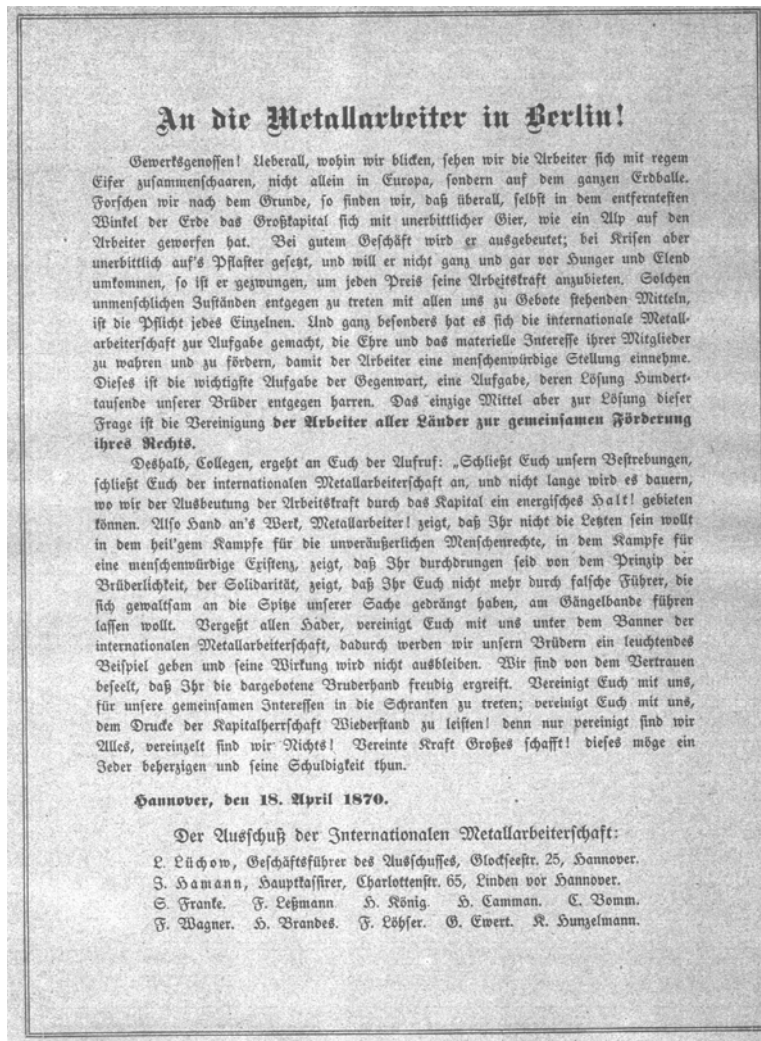


Abb. 2: Aufruf „An die Metallarbeiter in Berlin!“ (18.4.1870)

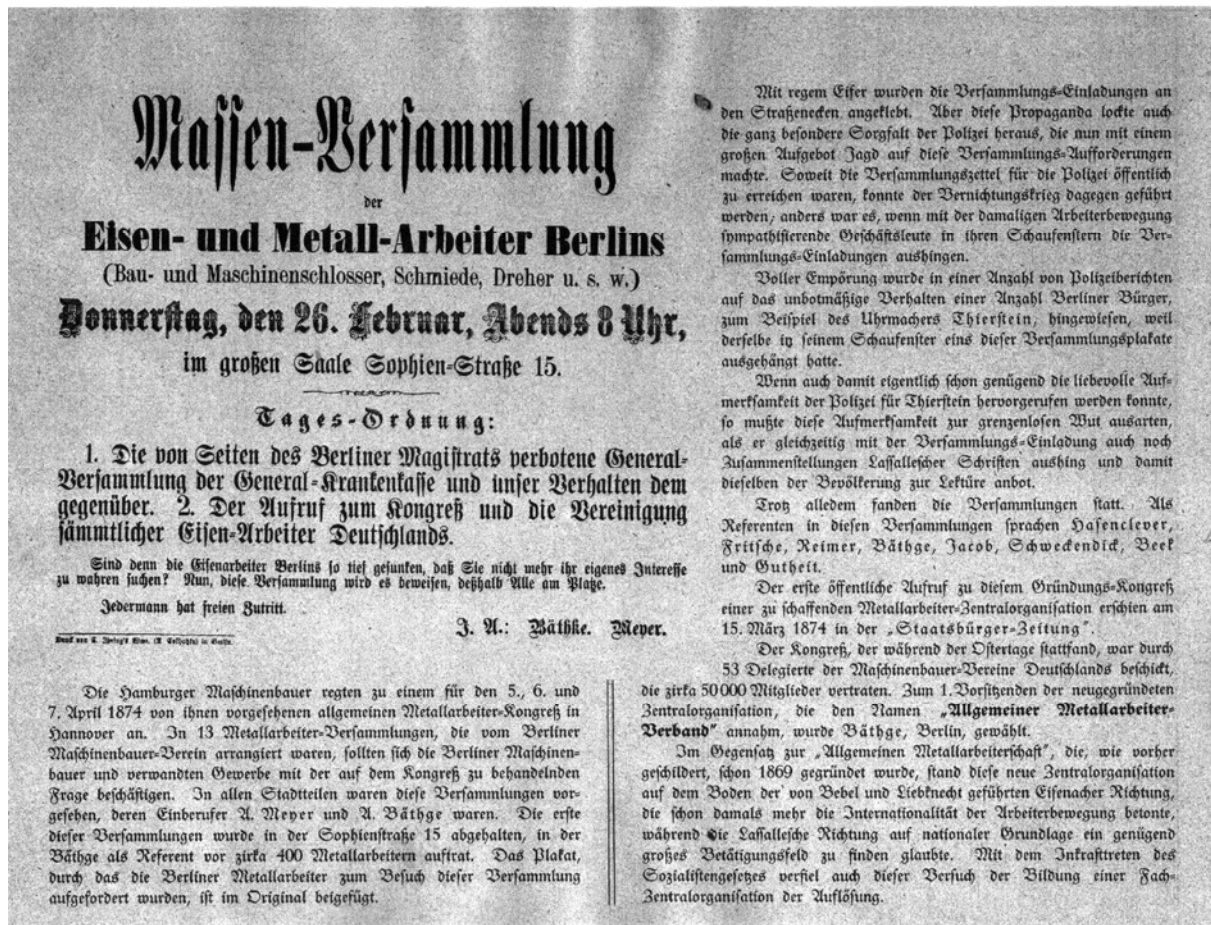


Abb. 3 Aufruf zu einer Massen-Versammlung am 26. Februar 1875

In den Jahren 1870 bis 1878 hatte die Entwicklung der Metallindustrie bedeutende Fortschritte gemacht, und zwar war eine für die damaligen Verhältnisse schon starke Spezialisierung der einzelnen Produktionsgebiete vorhanden. Die schärfere Abgrenzung der einzelnen Zweige der Metallindustrie brachte auch eine schärfere Trennung der einzelnen Berufe der Metallarbeiterschaft mit sich. Diese größere Abgeschlossenheit veranlasste einen Teil der Berufsangehörigen, die Schaffung von Fachvereinen zu propagieren, und zwar wurde die Agitation für die zu schaffenden Arbeitervereine dadurch wesentlich erleichtert, dass im Laufe der Jahre die Zahl der selbstständigen Existenzen immer geringer wurden, während andererseits die Zahl der lohnabhängigen Arbeitskräfte in Fabrikbetrieben immer mehr zunahm. (2)

Der erste bekannt gewordene Berufs-Fachverein, der den Namen "Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend" führte, wurde 1873 gegründet. Für die anderen Berufe wurden in den folgenden Jahren Gründungen ähnlicher Art, wie der "Deutsche Graveur-Verein" 1875, der "Verband deutscher Schmiede" 1877, der "Verein der Berliner Mechaniker-Gehilfen" 1878 ins Leben gerufen. Andere Fachorganisationen traten weniger in Erscheinung. (3)

Bis zum Jahre 1875 war die Zeit ausgefüllt mit einem oft unerträglichen Guerillakrieg der Vereine untereinander. Dies hinderte wohl auch zumeist die Entwicklung und den Aufstieg der Verbände. Die Kämpfe der Lassalleaner gegen die Gruppe Hatzfeld-Mende, dann wieder gegen die Richtung Eisenach (Internationale) warfen ihre Reflexe naturgemäß auch auf die Gewerkschafts-

bewegung. Dies änderte sich, als der Gothaer Kongress 1875 die streitenden Brüder vereinigte. Nun konnte ein geschlossenes, einiges Hand-in-Hand-Arbeiten vor sich gehen. Dazu ließ aber die Reaktion der vereinigten sozialistischen und freigewerkschaftlichen Bewegung keine Zeit.

Das Jahr 1878 bedeutet in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Allgemeinen sowie für die der Berliner im Besonderen einen Wendepunkt. Das einfältige Nobilingsche Attentat krönte die Bemühungen der Reaktionäre, vor allem des damals schon halb irrsinnigen Staatsanwalt Tessendorf, der bereits seit längerer Zeit versuchte, mit Hilfe seiner "Agent provocateurs" die Arbeiterschaft zu unbedachten Handlungen hinzureißen, um dann gegen die vorwärts schreitende Arbeiterbewegung vernichtende Schläge führen zu können. Dieses Attentat schaffte für Bismarck die Voraussetzungen, um das unter dem Namen "Sozialistengesetz" bekannte Verbot aller sozialistischen Vereine auszusprechen, das aber auch keine gewerkschaftliche Berufsvereinigung, ja nicht einmal die freiwilligen Krankenkassen schonte.

Mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes glaubten die in Deutschland herrschenden Klassen Ruhe vor der Arbeiterbewegung zu haben. Sie sollten aber in ganz kurzer Zeit einsehen lernen, dass man auch durch die drakonischsten gesetzlichen Maßnahmen das Fortleben einer Idee nicht töten kann. Wenn auch infolge der Gewaltmaßnahmen die Arbeiterschaft nicht in der Lage war, offiziell ihre Organisationsbestrebungen weiterzuführen, so standen der Arbeiterschaft doch genügend illegale Methoden zur Verfügung, um durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen. Unter dem Deckmantel von Vergnügungs- und sonstigen Vereinen kam die Arbeiterschaft zur Besprechung ihrer politischen Wünsche und wirtschaftlichen Forderungen zusammen, und alle Versuche, mit den kleinlichsten Polizei-Schikanen das Rad der Entwicklung zurückzudrehen, mussten - wie nachher auch die gesamte Gesetzgebung - scheitern. Das plötzliche Aufblühen der Bildungs- und Gesangsvereine sowie der Rauchclubs ist der beste Beweis dafür, wie die Arbeiterschaft sich zu helfen wusste. Wenn auch diese Vereine fortgesetzt verboten wurden, so konnten doch nicht soviel Verbote ausgesprochen werden, als Neugründungen erfolgten. Die einzigen illegal fortbestehenden Fachvereine hatten zur besseren Verständigung über ihre Berufsfragen untereinander ein Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften gegründet. Dieses Generalkomitee war als der Vorläufer der Gewerkschaftskommission von Groß-Berlin anzusehen.

Die im Interesse des Kapitals tätige Justiz glaubte, die Arbeiterbewegung ein für allemal erledigt zu haben, wenn man den führenden Personen dieses Generalkomitees den Prozess machen würde. Diese Versuche wurden im Jahre 1883 unternommen. Wenn es der korrumpierten Justiz auch gelang, einige Bestrafungen durchzusetzen, so war der Prozess im allgemeinen doch eine Bankrotterklärung der deutschen Gesetzgebung sowie der gesamten sich auf sie stützenden Justiz.

Der Ausgang dieses Prozesses konnte den noch bestehenden Gewerkschaften in ihrer Existenz nichts anhaben, sondern regte sofort mächtig das Streben nach Schaffung neuer Fachverbände an. Alle die kurz nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes verbotenen Fachvereine erstanden erneut, und zwar zeigte es sich gerade bei dem Auferstehen der Fachvereine, dass die Entwicklung damals schon so weit vorgeschritten war, dass die Existenz der Berufsvereine für die Arbeiterschaft eine zwingende Notwendigkeit war. (4)

Der „Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer“ wurde im Sommer 1883 ins Leben gerufen. Die Mitgliederzahl belief sich auf ungefähr 30 Personen, den Vorsitz führte Kollege Rubehn, welcher aber bereits Anfang 1884 in die Türkei auswanderte. Im Jahre 1884 stand der Verein unter der Leitung des Kollegen Hermann Kluge. Das ursprüngliche Ziel bestand im Wesentlichen darin, den Mitgliedern durch belehrende Vorträge auf fachgewerblichem und sozialem Gebiete Aufklärung und Bildung zu verschaffen. Vorträge von Dr. Zadeck, Bernstein, Dr. H. Lux, Baumeister Keßler, Pastor Kendziora u.a. Wissenschaftlern wurden durch den Fachverein vermittelt. Aber auch die Arbeiterschaft stellte damals schon aus ihren eigenen Reihen eine Anzahl Referenten, die über allgemeine Fragen mit den Kollegen diskutierten, unter anderen Fritz Görki, Wil-



Abb. 4: Titelseite des Mitgliedsbuches Nr. 6433 der Vereinigung der Metallarbeiter

be der Berliner Metallindustrie den Zehnstundentag zur Durchführung gebracht, auch einige größere Schlossereibetriebe, wie zum Beispiel Ed. Puls, hatten sich dem angeschlossen; in allen Klein- und Mittelbetrieben bestand auch 1884 noch die elfstündige Arbeitszeit.

Vom Herbst 1884 bis weit in das Jahr 1885 hinein beschäftigte sich der Fachverein mit der endgültigen Beseitigung des Elfstundentages. Die Durchführung der zehnstündigen Arbeitszeit in den Berliner Schlossereien, insbesondere der Bauschlossereien, konnte jedoch nur sehr langsam vonstatten gehen, da dieselbe fast überall nur auf gütlichem Wege zu erreichen war. Streiks konnten wegen der hierzu fehlenden Mittel nicht zur Anwendung kommen. Nur die Kollegen der Eisenmöbelfabrik von Karl Schulz, Lindenstraße, eine der größten der damals bestehenden "Knochenmühlen", hofften, sich die zehnstündige Arbeitszeit erkämpfen zu können. Wegen ungenügender Streikunterstützung und dem Vorhandensein einer übergroßen Anzahl Arbeitswilliger konnte das Ziel nicht erreicht werden.

Das Jahr 1884 brachte uns bereits einen kleinen Vorgeschmack vom Streit über die Organisationsform, ob Lokal oder Zentral, in dem die Kollegen Fr. Görki und Karl Gutheidt mit dem gan-

helm Liefländer, Buchbinder Michelsen, die Gebrüder Baginski, Tischler Ferd. Mithan, Gürtler Max Kreuz, Gottfried Schulz, Buchdrucker Wilhelm Werner, Alwin Gerisch und andere mehr. Der Verein hielt seine regelrechten Monatsversammlungen in Gratweils Bierhallen, Kommandantenstraße, ab. Der Vereinsbeitrag betrug 10 Pfennig pro Woche. Seine Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres auf etwa 600.

In den Jahren 1883 und 1884 herrschten in den Berliner Schlossereibetrieben die denkbar traurigsten Arbeitsverhältnisse: unbegrenzte Arbeitszeit und außerordentlich niedrige Löhne.

Die Arbeitszeit währte von früh 6 bis abends 7 Uhr, außerdem gehörte es zum guten Ton, alltäglich mindestens eine Überstunde zu machen. Auch am Sonntag standen die Betriebe offen, wer bis 4 Uhr arbeitete, bekam den Tag voll bezahlt. Es gab damals Schlossergesellen in Berlin, ganz besonders Familienväter, welche, außer an hohen Festtagen, jeden Sonntag im Jahre zur Arbeit gingen. Das hier Gesagte gilt ganz besonders für die Jahre 1880 bis 1883. Der Durchschnittslohn bei der elfstündigen Arbeitszeit betrug etwa 18 bis 20 Mark pro Woche. Wohl hatten zu jener Zeit einige Großbetrie-

zen Aufwand ihrer Beredsamkeit die Auflösung des Fachvereins und den Eintritt in die neu gegründete " **Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands** " (Sitz Mannheim) zu erreichen suchten. Jedoch, die Mühe war vergeblich!

Im Jahr 1885 beschäftigte sich der Fachverein mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission von sieben Kollegen gewählt, welche alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen hatte. Nach Erledigung der Vorarbeiten wurde die Vermittlungsstelle im Restaurant Opatz, Alte Jakobstraße 66, in Benutzung genommen, wo täglich, abends von 7 bis 9 Uhr, zwei Kollegen als Arbeitsvermittler ehrenamtlich mit einigem Erfolg tätig waren.

Vom Jahre 1886 bis zum Tage seiner Auflösung, die am 28. März 1891 durch Aufgehen in den Berliner Lokalverband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend erfolgte, bewegte sich der Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer auf derselben Bahn, wie alle anderen zur gleichen Zeit bestehenden Fachorganisationen. Durch den Kampf um Erhöhung des Lohnes und durch Verkürzung der Arbeitszeit sollte vornehmlich die Besserung der Lage der Metallarbeiter eintreten. An leitender Stelle standen in diesen Jahren noch die Kollegen C. Mieth, R. Petzold, C. Pieper, J. Reckner, W. Gründel und K. Unverfäht.

Mit dem Wachstum der Arbeiterorganisationen schossen aber auch gleichzeitig auf Seiten der Arbeitgeber die Organisationen wie Pilze aus der Erde. Die Widerstände bei Lohn- oder sonstigen Forderungen wurden immer zäher. Geldmittel, um bei ausbrechenden Kämpfen nachhaltige Unterstützungen gewähren zu können, waren nicht vorhanden. Jede Organisation, deren Mitglieder mit ihren Arbeitgebern in Differenzen gerieten, die zum Aufstand führten, war gezwungen, um die Beteiligten während des Kampfes einigermaßen über Wasser halten zu können, die hierzu erforderlichen Mittel auf dem Wege der freiwilligen Sammlung aufzubringen. Kämpfe gab es ja oft; wenn sie auch zumeist nicht von großer Bedeutung waren, so wurden doch stets Sammellisten in Umlauf gesetzt, um die Mittel hereinzubringen. Sehr häufig kam es vor, dass an Lohntagen ein halbes Dutzend Sammellisten von Hand zu Hand gingen, wodurch die Gebefreudigkeit erheblich beeinträchtigt wurde.

Der im Jahr 1888 gegründete „**Allgemeine Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend**“, der Vorläufer des "Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend", wurde von den bestehenden Fachorganisationen als Konkurrenzunternehmen betrachtet. Die zur Leitung dieser neuen Organisation berufenen Kollegen hatten sich auch früher mehr oder weniger in den Fachvereinen betätigt. Die Frage, welche Organisationsform die beste sei, wurde auch damals in den Versammlungen sehr heiß umstritten. (5)

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 wurde die politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit der deutschen Arbeiterschaft von der bisherigen Einengung befreit. Die Erfahrungen, die im Laufe der achtziger Jahre mit den örtlichen Fachverbänden gemacht wurden, ermunterten nun die führenden Kollegen zu der Zentralisation der einzelnen örtlichen Berufsverbände. Dadurch war auf dem Wege der Organisationsentwicklung ein Schritt vorwärts getan. (6)

Standen also damals die Kollegen auf dem Boden der Zentralisation, so jedoch nur auf lokaler Grundlage. Diese Auffassung stand denn auch in einer im Februar 1891 in der Brauerei Friedrichshain von sämtlichen Fachvereinen einberufene Versammlung ihren Ausdruck. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, einen "**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend**", kurz „**Berliner Verband**“ genannt, zu gründen. Der Verband trat daraufhin am 1. April 1891 ins Leben und übernahm das am 1. April 1890 vom Allgemeinen Berliner Metallarbeiter-Verein eröffnete Büro, Wallstraße 8, mit dem Kollegen Albin Gerisch als Rendant und Arbeitsvermittler. Nach § 1 des Statuts dieses Verbandes war als Zweck die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder bezeichnet. Dieser Zweck sollte erreicht werden durch

- a) Einführung eines zeitgemäßen Arbeitstages. Beseitigung der Sonntags-, Nachfeierabend- und Nacharbeit, unter Zugrundelegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung aller vernunftgemäßen Bedürfnisse der Berufsgenossen und deren Familien vollständig ausreicht;
- b) Errichtung eines ständigen unentgeltlichen Arbeitsnachweis-Büros;
- c) Veröffentlichung statistischer Erhebungen über Löhne und Arbeitsverhältnisse der betreffenden Gewerbe, in Bezug auf die Löhne und Lebensbedürfnisse, Dauer der Arbeitszeit, Anzahl der am Orte im Gewerbe Beschäftigten;
- d) durchgreifenden unentgeltlichen Rechtsschutz in allen gewerblichen Angelegenheiten;
- e) wissenschaftliche und fachgewerbliche Vorträge;
- f) Besprechung und Pflege von Gewerbe- und Fachangelegenheiten;
- g) Lesen von Fachzeitschriften nebst Gründung und Unterhaltung einer Verbandsbibliothek;
- h) Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern.

Im § 3 war das Eintrittsgeld auf 20 Pf., der wöchentliche Beitrag auf 10 Pf. festgesetzt. Außerdem wurde gesagt: "Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Interessen des Verbandes nach jeder Richtung zu wahren und ihm übertragene Verwaltungsämter, wenn nicht besondere Fälle eine Ablehnung rechtfertigen, anzunehmen". Nach § 4 wurden bei Arbeitseinstellungen und Maßregelungen den dabei beteiligten Mitgliedern, die mindestens drei Monate dem Verbands angehörten, eine von der beschließenden Versammlung nach Maßgabe des vorhandenen Vereinsvermögens festzusetzende Entschädigung gewährt. Ferner hieß es: "Arbeitseinstellungen dürfen nicht unternommen werden, bevor nicht die dazu eingesetzten Organe dieselben geprüft und gebilligt haben, jedoch ist der Vorstand berechtigt, nach Prüfung der Sachlage bei Abwehrstreiks Unterstützung zu gewähren in solchen Fällen, in denen es den Streikenden vor Niederlegung der Arbeit unmöglich war, den Vorstand hiervon zu benachrichtigen."

Der Verband gewährte seinen Mitgliedern auch Rechtsschutz in allen gewerblichen Angelegenheiten. Zu diesem Zweck war eine Rechtsschutzkommission gebildet, an die sich die rechtssuchenden Mitglieder unter Darlegung des Streitfalles zu wenden hatten (die Rechtsschutzkommissionen wurden im Geschäftsjahr 1893/94 aufgehoben, da sie durch das Gewerbegericht überflüssig geworden waren. Die etwa vorkommenden Klagen, für die das Gewerbegericht nicht zuständig ist, wurden nun vom Vorstand geführt). Die Leitung des Verbandes bestand aus 21 Personen, und zwar aus je einem ersten und zweiten Vorsitzenden, einem Rentanten, vier Kassierern, vier Schriftführern und zehn Beisitzern. Als der Verband ins Leben trat, fungierte als erster Vorsitzender August Günther.

Zugunsten des Verbandes hatten sich zwölf Vereine aufgelöst, und zwar der Allgemeine Berliner Metallarbeiter-Verein, der Dreher-, Klempner-, Schlosser-, Former und Kernmacher-, Mechaniker-, Schraubendreher-, Schleifer-, Rohrleger-, Nadler- und Feilenbauer- Fachverein, sowie der Verein der Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen-Arbeiter.

So lagen die Organisationsverhältnisse in Berlin, als am 1. Juli 1891 der Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt am Main zusammentrat. Die Berliner Kollegen waren durch die drei Delegierten Albin Gerisch, Alwin Körsten und Reinhold Petzold vertreten. Nach ausgedehnter Debatte wurde die Gründung des heutigen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit 101 gegen 20 Stimmen beschlossen. Vier Delegierte, darunter die drei Berliner, enthielten sich der Abstimmung. Die Stimmhaltung der Berliner Delegierten wird durch die nachstehende Erklärung, die der Kollege Körsten auf dem Kongress abgab, verständlich. Diese Erklärung lautet:

"In Erwägung, dass in einer Stadt, wie Berlin, mit ihren Riesenbetrieben, die moderne Form der Produktion am schärfsten zum Ausdruck gelangt, in weiterer Erwägung, dass dieser moderne Betrieb den eigentlich berufsmäßigen Arbeiter mehr und mehr verdrängt und an seine Stelle den so genannten unqualifizierten Arbeiter setzt, in fernerer Erwägung, dass die Organisation nur das

getreue Spiegelbild der jeweilig herrschenden Produktionsform sein soll, erklären die Berliner Delegierten sich im Namen ihrer Mandatsgeber gegen die Branchen-Zentralisation und im Prinzip für die Metallarbeiter-Union. Der letzteren beizutreten, erklären wir uns zur Zeit außerstande, da die gegenwärtig bestehende und unter dem Druck der Verhältnisse neu geschaffene Organisation erst noch Zeit der Kräftigung bedarf. Wir erklären jedoch, dass wir in dem Falle, dass der Kongress die Union beschließen sollte die Beschlüsse der letzteren stets anerkennen und ihr jede sonstige Förderung angedeihen lassen werden"

Der Kongress übte denn auch die Nachsicht, die die Berliner Kollegen verlangten. Als dann der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Tätigkeit begann, sah sich derselbe später veranlasst, mit dem Berliner Lokalverband ein Kartellverhältnis abzuschließen. Es ging im Wesentlichen dahin, dass bei Übertritten die in der bisherigen Organisation erworbenen Rechte in Anrechnung gebracht und dass die auf Wanderschaft gehenden Mitglieder gegenseitig unterstützt wurden. Die Hoffnungen, die man auf die neu gegründete Berliner Lokal-Organisation setzte, erfüllten sich jedoch so schnell nicht. Die Folgen der Maifeier 1890 hatten immer noch ihre Nachwirkungen und die einsetzende Wirtschaftskrise tat das übrige. Da Unterstützung bei Arbeitslosigkeit nicht gewährte wurde, kehrten in den meisten Fällen die arbeitslosen Mitglieder dem Verband wieder den Rücken. (7)

Die Leiter der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
von 1897 bis 1922



Abb. 5: Die Leiter der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) von 1897 bis 1922

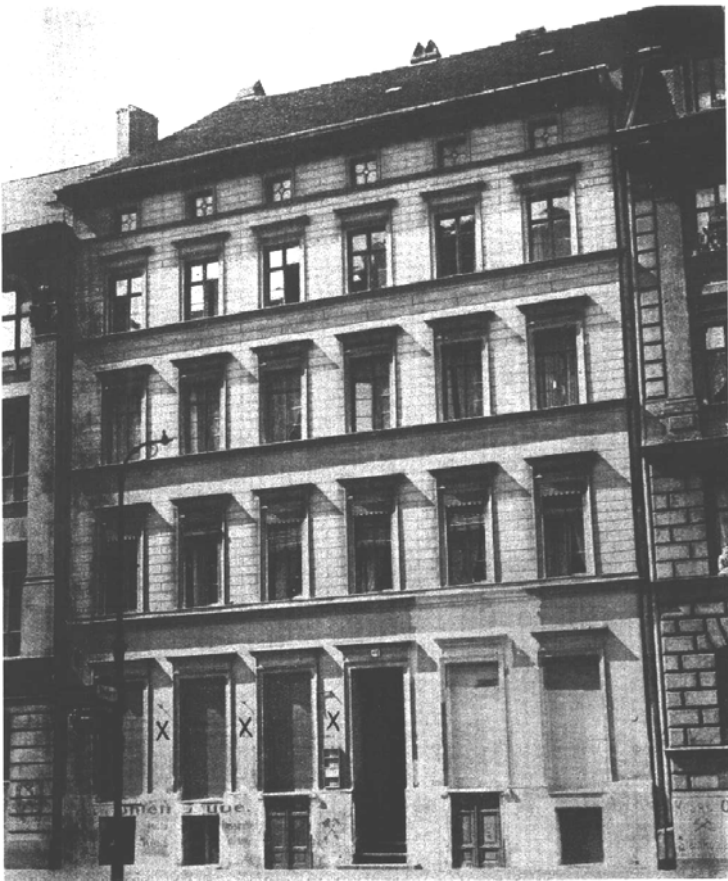
100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin
18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel Ia

**Die Gründung der Verwaltungsstelle
bzw. der Anschluss an den Deutschen
Metallarbeiter-Verband**

Autor: Wolfgang Mähler

Bei der geschichtlichen Würdigung des Tages, an dem der "Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend" zum "Deutschen Metallarbeiter Verband" übertrat, soll zum Ausdruck gebracht werden, dass damit in Berlin eine einigermaßen einheitliche geschlossene Organisation geschaffen wurde. Bestanden auch noch Zahlstellen des Verbandes der Kupferschmiede, der Schmiede, des Zentralvereins der Former sowie eines Lokalvereins der Anschläger Berlins, so hörte doch damit der Kampf zwischen dem größten Teil der Berliner Metallarbeiter um die Form der Organisation auf. Die Verwaltungsstelle Berlin selbst ist älteren Datums. Auf dem Verbandstag in Altenburg (3. bis 7. April 1893) lagen von verschiedenen Orten Deutschlands Anträge vor, das im Jahre 1891 abgeschlossene Kartellverhältnis mit dem Berliner Verband zu lösen, was auch mit allen gegen eine Stimme beschlossen wurde. Man ging dabei von der Voraussetzung aus, dass der Berliner Verband während des zweijährigen Bestehens Zeit zur Kräftigung gehabt hätte, um nun geschlossen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertreten zu können. Durch das Kartellverhältnis selbst gingen dem Verband die Mehrzahl der nach Berlin zureisenden Mitglieder verloren, da sie zum Berliner Verband übertraten. Der Vorstand sah sich deshalb veranlasst, Anfang Februar 1893 für Berlin einen Vertrauensmann einzusetzen, um die nach Berlin zureisenden Mitglieder dem Verband zu erhalten sowie ihnen die Beitragszahlung zu erleichtern. Vertrauensmann war der Kollege William Glück. Die Zahl der Einzelmitglieder betrug damals 32. Die Bekanntgabe der zum Verbandstage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorliegenden Anträge veranlassten den Vorstand des Berliner Verbandes, für Sonntag den 19. März 1893 eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um zu der Frage des Übertritts Stellung zu nehmen. Referent zu diesem Punkt war der Kollege Otto Naether. (8)



97–1900. Erstes Verbandsbureau der Verwaltungsstelle
S 14, Annenstraße 39

Die mit X bezeichnete Seite im Parterre links war das Verbandsbureau.

Abb. 6: Erstes Verbandsbüro der Verwaltungsstelle,
Berlin S 14, Annenstr. 39

trauensmann einzusetzen, um die nach Berlin zureisenden Mitglieder dem Verband zu erhalten sowie ihnen die Beitragszahlung zu erleichtern. Vertrauensmann war der Kollege William Glück. Die Zahl der Einzelmitglieder betrug damals 32. Die Bekanntgabe der zum Verbandstage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorliegenden Anträge veranlassten den Vorstand des Berliner Verbandes, für Sonntag den 19. März 1893 eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um zu der Frage des Übertritts Stellung zu nehmen. Referent zu diesem Punkt war der Kollege Otto Naether. (8)

Am 8. April 1893 fand dann im Restaurant "Zum eichenen Stab", Stallschreiberstraße 29, eine Versammlung der in Berlin wohnhaften Einzelmitglieder statt, in welcher der Kollege Schlicke referierte und in der die Gründung der Verwaltungsstelle vollzogen wurde. In der Ortsverwaltung wurden gewählt: William Glück als Bevollmächtigter, W. Haback als Kassierer und als Revisoren die Kollegen Julius Bieweg, Ernst Meyer und Riebe. In der Herbergskommission: Oskar Heidenreich, Elbrecht und Geber. Die Mitgliederzahl betrug bei der Gründung 29. Sowohl im "Vorwärts" als auch in der "Metallarbeiter-Zeitung" wurden vom Vorstand nach Schluss des Verbandstages die Übertrittsbedingungen bekannt gegeben. Danach sollte der Übertritt bis spätestens den 31. Mai 1893 kostenlos unter Anrechnung der im Berliner Verband erworbenen Rechte erfolgen. Das Recht auf Erhebung der Reise-Unterstützung der nicht übergetretenen Mitglieder des Berliner Verbandes erlosch mit dem Tage der Veröffentlichung der Übertrittsbedingungen in der Metallarbeiter-Zeitung am 15. April.

Als Gegenstück veröffentlichte der Vorstand des Berliner Verbandes am 19. April 1893 im "Vorwärts" eine Bekanntmachung, die sich gegen den Übertritt richtete. Des historischen Interesses halber folgt diese Mitteilung hier im Wortlaut:

Achtung! Metallarbeiter!

Veranlasst durch die infolge der Bekanntmachung des "Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" hervorgerufenen Irrtümer und Missverständnisse sehen wir uns genötigt, darauf hinzuweisen, dass die am 19. März d. J. im "Feenpalast" stattgefundene Generalversammlung des "Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend" nach eingehender Diskussion einstimmig beschlossen hat, die bisherige Form der Organisation, die lokale Dezentralisation, beizubehalten.

Grund dazu war, dass in einer erneuten Änderung der Organisationsform und ganz besonders durch einen eventuellen Übertritt zum "Deutschen Metallarbeiter-Verband" eine Schwächung der Organisation unausbleiblich sei, dass der Charakter einer wirtschaftlichen Kampforganisation vollständig verdrängt und zu einem bloßen Reise-Unterstützungsverein herabgedrückt werde.



1900 – 1907. Verbandsbureau im Gewerkschaftshaus
SO 16, Engelufer 15

Die Bureau Räume befanden sich im ersten Stock, über dem Mitteleingang rechts.

Abb. 7: Verbandsbüro im Gewerkschaftshaus,
Berlin SO 16, Engelufer 15

Maßgebend war fernerhin, dass in weitesten Kreisen der Berliner Kollegen eine tiefgehende Abneigung gegen einen eventuellen Anschluss an den "Deutschen Metallarbeiter Verband" vorhanden ist, und eine neue Dezentralisation herbeigeführt worden wäre, dadurch, dass nach dem Anschluss eine ganze Reihe lokaler Branchenorganisationen sich aufs Neue gebildet hätten. Ausgehend von der Überzeugung, dass die vorhandenen natürlichen Produktionsverhältnisse der Metallindustrie und besonders die eigenartigen Berlins maßgebend seien für die Gestaltung der Organisation, konnte die Generalversammlung in dem Anschluss an den Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einen Fortschritt nicht erblicken. Bei aller Sympathie für die deutschen Kollegen vermochten sich die Kollegen nicht dazu verstehen, wiederum eine Zersplitterung der Kräfte herbeizuführen, nachdem erst vor zwei Jahren durch Gründung unseres Verbandes eine einheitliche Organisation für alle Berliner Metallarbeiter geschaffen worden ist. Ob dementsprechend das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes richtig und für die Arbeiterbewegung von Vorteil ist, das mögen die Kollegen beurteilen. Eines erscheint uns sicher: dass das Zentralisationsfieber ohne alle Rücksichten, die Alles-Gleichmacherei, die schon so manche gute Organisation vernichtet hat, für die Berliner Metallarbeiter einfach den Ruin der gesamten Gewerkschaftsbewegung bedeutet, und glauben wir, die Überzeugung ausdrücken zu dürfen, dass die Berliner Metallarbeiter einsichtig genug sein werden, diejenige Organisation, welche sie selbst gegründet haben, auch fernerhin hochhalten und zu dem machen werden, was sie sein soll: zu einem festen geschlossenen Wall gegenüber jeder Unternehmerwillkür, gegen die Ausbeutung und Knechtschaft, zu einer wirklichen Kampforganisation.

Zwecks Aufklärung finden nächste Woche zwei große Agitationsversammlungen statt, und zwar am Montag, den 24. April, für den Norden im Kolberger Salon, Kolberger Straße 23, und am 25. April für den Süden im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuser Straße 4a.

Im Interesse der hohen Bedeutung für die gesamten Kollegen ersuchen wir um recht zahlreichen Besuch.

Mit kollegialem Gruß!

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

I.A. Otto Naether, Vorsitzender, N., Fehrbelliner Str. 24.

Dieser Aufruf bedeutete die Eröffnung einer großen geistigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Organisationsrichtungen der Metallarbeiter, der wirklich nicht in ihrem Interesse lag, und wobei es sehr oft hart auf hart, aber im Allgemeinen doch sachlich zugeht. Solche Diskussionen, wie wir sie in den letzten Jahren mitunter erlebt haben, kamen damals, trotz der Tatsache, dass es sich um zwei sich gegenseitig befehdende Organisationen handelte, nicht vor. Von persönlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen hielt man sich frei. Durch die sehr oft geführten heftigen Debatten wurde viel Zeit und Kraft unnötig verschwendet und führte sehr oft dazu, dass die wankelmütigen Kollegen der Organisation den Rücken kehrten und demzufolge dieser Streit die Fluktuation fördern half. Die Zahl der Übertritte war denn auch nicht eine solche, dass sie den vorher daran geknüpften Erwartungen entsprach. Dies lag, wenn man von dem niedrigen Beitrag absieht, zum größten Teil daran, dass Berlin historischer Boden für die Lokalorganisation war. Trotzdem machte aber die Verwaltungsstelle durch neue Aufnahmen Fortschritte, so dass am Jahreschluss 1893 bereits 502 Mitglieder vorhanden waren.

Ende 1894 waren es 1612 und Ende 1895 1929 Mitglieder. Die heutige Generation darf natürlich nicht die gegenwärtigen Organisationsverhältnisse als Maßstab anlegen, denn der gewerkschaftliche Indifferentismus der Arbeiter war damals sehr groß und deshalb auch der Prozentsatz der organisierten Kollegen zur Zahl der in der Metallindustrie Beschäftigten gering. Zudem konnten damals die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit nennenswerten Leistungen

ihrer Organisation bei der Agitation nicht aufwarten. Wie in allen Organisationen, erfüllten sich auch im Deutschen Metallarbeiter-Verband die bei der Gründung gehegten Erwartungen nicht so schnell, aber der Gedanke der Zentralisation brach allmählich auch in Berlin durch, wie aus den oben angeführten Mitgliederzahlen hervorgeht. Die Mitglieder waren damals nicht wie heute in einer Verwaltungsstelle, sondern in mehreren vereint, die sich nach und nach infolge der Steigerung der Mitgliederzahlen bildeten. Als zweite Verwaltungsstelle gründete sich die Verwaltungsstelle Norden Ende Juli 1893, mit dem Kollegen Kurgas als Bevollmächtigten. Ihr folgte als dritte im Oktober 1893 Neuköln mit Julius Bieweg, dann am 27. Mai 1894 Schöneberg mit dem Kollegen Kleinschmidt, am 15. Oktober 1894 Moabit mit dem Kollegen Hofmann, am 11. Juni 1895 Charlottenburg mit dem Kollegen Barowski. In demselben Jahr dann noch Berlin-Osten mit dem Kollegen Lange und Spandau mit dem Kollegen Punzel als Bevollmächtigten sowie Steglitz. (9)

Am 21. Februar 1897 nahm dann eine außerordentliche Generalversammlung des Berliner Verbandes zu der Frage des **Anschlusses an den Deutschen Metallarbeiter-Verband** Stellung. Nach einem am 23. Februar im "Vorwärts" erschienenen Bericht führte der Vorsitzende Kollege Litsin etwa folgendes aus: "Die Berliner Metallarbeiter wären außer in den beiden großen Verbänden - dem Deutschen und dem Berliner - noch in verschiedenen kleineren Gewerkschaften organisiert. Dieser Umstand habe bisher oft zu Reibereien unter den einzelnen Organisationen und zu Streitigkeiten um die Organisationsform geführt, weshalb es nicht möglich war, gegenüber den einig und geschlossen dastehenden Unternehmer-Vereinigungen die Forderungen der Arbeiter mit der erforderlichen Einmütigkeit und Energie zu vertreten, ja man konnte nicht einmal immer das schon Er kämpfte auf die Dauer halten. Aus der Erkenntnis, dass ein Zusammengehen aller Berliner Metallarbeiter notwendig sei, habe sich die Zehner-Kommission gebildet. Es stellte sich jedoch heraus, dass zunächst eine Verständigung zwischen den beiden größten Organisationen, dem Deutschen und dem Berliner Verband, herbeigeführt werden müsse. Die Frage war nur, auf welcher Grundlage das geschehen könne. Zu einem bedingungslosen Übertritt, wie ihn die hiesigen Vertreter des Deutschen Verbandes forderten, konnte sich der Berliner Verband nicht bereit erklären, denn er sei nach wie vor der Ansicht, dass die eigenartigen großstädtischen Verhältnisse ein gewisses Maß von Selbstständigkeit für die gewerkschaftliche Organisation einer Großstadt verlangen, und dass ohne diese Selbstständigkeit ein erfolgreiches Wirken nicht möglich sei. Der Zentralvorstand des Deutschen Verbandes erkenne das auch an, er zeige den Berlinern ein weit größeres Entgegenkommen als die hiesigen Mitglieder des deutschen Verbandes, und sei bereit, der zu Ostern stattfindenden Generalversammlung diejenigen Statutenänderungen zu empfehlen, welche der Berliner Verband zur Bedingung seines Beitritts mache und die dahin gehen, allen örtlichen Verwaltungsstellen, die mehr als 3000 Mitglieder haben (zur Zeit Berlin und Nürnberg), die Lieferung der "Metallarbeiter-Zeitung" an alle Mitglieder nicht zur Pflicht zu machen, ihnen von den Einnahmen zwei Drittel zur freien Verfügung und 25 Prozent des letzten Drittels zur Deckung der Verwaltungskosten zu überlassen; ferner sollen sie freie Hand haben hinsichtlich der Bewilligung von Unterstützungen und Rechtsschutz, sowie bei Verhängung von Sperren und Arbeitseinstellungen, auch soll ihnen die detaillierte Abrechnung mit dem Hauptvorstand erlassen bleiben. Der Hauptvorstand verkenne nicht, dass der Beitritt des Berliner Verbandes einen großen agitatorischen Wert habe, und dass in diesem Falle auch die kleineren Vereine nicht umhin könnten, ihren Beitritt zum Deutschen Verband zu erwägen."

Der Kollege Litsin empfahl folgende Resolution:

"In Erwägung, dass durch die fortschreitende Technik und das sich stetig konzentrierende Kapital die Ausbeutung der Arbeit täglich intensiver wird, dass die Unternehmerklasse sich mehr und mehr zusammenschließt, um selbst die berechtigtesten Forderungen der Arbeiter abzuwehren, er-

wartet die Versammlung eine dauernde Hebung der Lage der arbeitenden Klasse nun von einer gänzlichen Umwandlung der privatkapitalistischen in eine sozialistische Produktion. Um dieses Ziel herbeizuführen und auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung die geistigen und materiellen Interessen der Berufsgenossen möglichst zu wahren und zu fördern, ist eine starke Organisation notwendig. Die Versammelten, welche seit Jahren in einem nur auf Berlin beschränkten Verband organisiert sind und unter dieser Form versucht haben, nach besten Kräften ihre Interessen zu vertreten, sind überzeugt, dass die beste Form der Organisation die lokale wäre, falls es gelänge, alle Berliner Metallarbeiter in derselben zu vereinigen. Da diese Möglichkeit nicht vorhanden, vielmehr der seit Jahren bestehende Streit über die Form der Organisation das einige, kräftige Vorgehen verhindert, beschließt die außerordentliche Generalversammlung: Unter der Bedingung, dass die Anträge des Vorstandes des "Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" (welche in Nr. 8 der "Deutschen Metallarbeiter-Zeitung" veröffentlicht sind) auf der Generalversammlung am 20. April in Braunschweig angenommen werden, den "Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend" auszulösen und mit dem gesamten Barvermögen und Verbandseigentum am 1. Juli 1897 in den "Deutschen Metallarbeiter-Verband" einzutreten." Nach eingehender Aussprache wurde die Resolution mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Am 25. Februar fand dann eine Besprechung von Vertretern der in Berlin bestehenden Metallarbeiter-Organisationen statt, die zu dem Resultat führte, nach vorheriger Verständigung mit den anderen in Frage kommenden Orten Deutschlands zu Ostern in Braunschweig eine Konferenz aller in Deutschland bestehenden Metallarbeiter-Organisationen abzuhalten, um zu versuchen, eine Verschmelzung aller Organisationen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband herbeizuführen.(10)

Die in Hamburg domizilierenden Metallarbeiter-Organisationen waren in der Mehrzahl gegen die Einberufung dieser Konferenz. Da angenommen wurde, dass die Hamburger den Zweck derselben nicht richtig verstanden hätten, wurde beschlossen, die Kollegen Naether, Körsten und Faber nach Hamburg zu entsenden, um die Angelegenheit klarzustellen. Dieser Versuch, die Hamburger von der Notwendigkeit der in Braunschweig geplanten Konferenz zu überzeugen, scheiterte an dem Verhalten der Vertreter der übrigen Organisationen, so dass die Konferenz nicht stattfinden konnte.

Nachdem dann der Verbandstag in Braunschweig die zwischen den beiden Organisationen abgeschlossenen Übertrittsbedingungen angenommen hatte, fand am 3. Mai in Martens Salon eine gut besuchte Generalversammlung des Berliner Verbandes statt, in der mit allen gegen eine Stimme beschlossen wurde, die Auflösung des Verbandes vorzunehmen und bereits am 1. Juni den Anschluss an den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu vollziehen.

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin
18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel II
1897 bis 1914

Autor: Wolfgang Mähler

Diese Beschlussfassung ist zum Markstein in der Berliner Metallarbeiter-Bewegung geworden. Ohne dieselbe wäre der heutige Stand der Organisation der Metallarbeiter Berlins unmöglich gewesen. Die Kräfte, die bisher durch den Streit um die Organisationsform zwischen den beiden stärksten Richtungen der Metallarbeiter für die wirkliche Gewerkschaftsarbeit lahm gelegt waren, konnten jetzt für den Auf- und Ausbau der Organisation tätig werden. Das ist in den folgenden Jahren auch in denkbar vollstem Maße geschehen. Die gute Wirkung, die der Braunschweiger Verbandstagsbeschluss und anschließend daran der Berliner Beschluss ausgeübt haben, zeigte sich darin, dass nach dem Übertritt des Berliner Metallarbeiter-Verbandes zum Deutschen Metallarbeiter-Verband die Klempner, Goldarbeiter, Former, Bauanschläger, Feilenhauer, die chirurgischen Instrumentenmacher und schließlich auch die Schmiede ihre selbstständige Organisation aufgaben und sich gleichfalls dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschlossen. Die dadurch erzielte Konzentration der Kräfte hat es ermöglicht, eine Metallarbeiter-Organisation im heutigen Umfange in Berlin aufzubauen.

Die Verwaltungsorgane der geeinten Berliner Metallarbeiter, der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, wie der offizielle Name seit 1897 lautet, sind dem Grunde nach heute noch dieselben, wie sie im Gründungsjahr für notwendig erachtet und dementsprechend gestaltet wurden. (11)

Zur Zeit der Verschmelzung bestand noch als Überbleibsel aus der Zeit des Sozialistengesetzes das öffentliche Vertrauensmännersystem; es gab einen öffentlichen Vertrauensmann der Metallarbeiter Groß-Berlins, außerdem öffentliche Vertrauensleute der Metallarbeiter im Norden, Osten, Süden, Westen; daneben hatte jede Branche ihre öffentlichen Branchen-Vertrauensmänner. Der hauptsächliche Zweck des Systems der öffentlichen Vertrauensmänner war, nach außen als die offiziellen Leiter der zu führenden Streiks aufzutreten. Die Führung der Streiks durch die Gewerkschaften hätte bei den bestehenden politischen Verhältnissen leicht zu behördlichen Gewaltmaßnahmen Anlass geben können. Gleichzeitig mussten sie die zur Durchführung der Bewegungen notwendigen Mittel durch freiwillige Sammlungen aufbringen, die dann in dem so genannten öffentlichen Fonds zusammenfließen. Dieser Fonds hat im Leben der Berliner Metallarbeiter eine sehr wichtige Rolle gespielt. Die Abrechnung erfolgte für alle Sammlungen durch den Vertrauensmann Groß-Berlin in öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen. Der erste öffentliche Vertrauensmann für ganz Berlin war Kollege Reinhold Petzold, sein letzter Nachfolger Kollege Otto Naether, der bis 1899 diesen Posten bekleidete und dann 1. Bevollmächtigter der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde. In den letztverflossenen Jahren hatten sich die politischen Verhältnisse soweit geklärt, dass Gefahren bei Führung von Streiks durch die Gewerkschaften kaum noch zu befürchten waren. Das System der öffentlichen Vertrauensleute konnten deshalb, weil überflüssig, aufgelöst und von den Funktionären des Verbandes übernommen werden. Der öffentliche Fonds ist dann durch Beschluss der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der lokalen Kasse der Berliner Verwaltungsstelle überwiesen worden.

Diese Maßnahmen haben sich in den darauf folgenden Jahren durchaus bewährt, und heute gilt es als etwas Selbstverständliches, dass jeder ordnungsgemäße Streik von der Organisation geführt wird. (12)

Im Herbst 1899 gab es die Kämpfe in der Berliner Gelbmetallindustrie, deren Abschluss zwar im allgemeinen, gemessen an den damaligen Verhältnissen, einen kleinen Erfolg darstellte, aber doch nichts von dem in sich trug, was man einen Erfolg von längerer, nachhaltiger Wirkung nennen kann.

Das Jahr 1900 verlief ohne nennenswerte Kämpfe.

Im Jahre 1901 hatte eine Reihe von kleinen Gruppen, so die Bandagisten und Militärefferten-Gürtler, Kämpfe, die ein ganz klein wenig zu Tarif-Abmachungen im Sinne neuester Anschauungen neigten. 1902 hingegen brachte Kämpfe mit derartigen Anzeichen in deutlichem Maße. Es war der Kampf der Bauklempner und der Kampf der Rohrleger. Beide Kämpfe brachten einen Tarifabschluss des Metallarbeiter-Verbandes mit der Arbeitgeber-Organisation des betreffenden Berufs für alle Betriebe, auch Schlichtungsstellen bei etwa ausbrechenden Tarifstreitigkeiten.

Der Umfang der Verwaltungsarbeit war in den vorangegangenen Jahren so groß geworden, dass die einzelnen Arbeitsgebiete, sowie die Kompetenzen der einzelnen Körperschaften genauer abgegrenzt werden mussten. Für diesen Zweck wurde für die Verwaltungsstelle Berlin ein eigenes Ortsstatut geschaffen, nach dessen Bestimmungen von nun an die Tätigkeit geregelt wurde. Im Laufe der Jahre ist infolge der Erweiterung sowie der Umstellung der organisatorischen Methoden eine mehrmalige Änderung der einzelnen Bestimmungen notwendig geworden; im allgemeinen blieb aber der Grundgedanke des zuerst geschaffenen Orts-Statuts erhalten.

Das darauf folgende Jahr 1903 brachte im Frühjahr erneut einen Kampf für die Klempner, der nach dreiwöchiger Dauer mit einem Tarifabschluss bis zum Jahre 1906 endete. Dieser Kampf zeitigte den ersten Tarifabschluss im modernen Sinne, und es kann wohl gesagt werden, dass bei späteren Kämpfen um Tarifabschlüsse, soweit zugänglich, der Tarifvertrag der Klempner als Muster genommen wurde.

Im gleichen Jahr war die erste Lohnbewegung aller Berufe der Gelbmetallindustrie Berlins, die einen Tarifabschluss nach Art des Bauklempnertarifs zum Ziele hatte. Dieser Kampf, der im November 1903 abgebrochen wurde und im Herbst 1904 wieder begann, gehörte zu den umfangreichsten der damaligen Zeit. Er zeigte die vollständige Abkehr von der bisherigen Kampfweise.

Während man sich bisher damit begnügt hatte, den einzelnen Unternehmer zur Anerkennung der Forderungen zu bringen, ohne danach zu fragen, ob wenige Wochen nach der Beendigung des Kampfes die Zugeständnisse noch hochgehalten wurden, ging jetzt die Forderung der Gewerkschaften dahin, mit der Organisation der Unternehmer zu einem Abkommen für eine bestimmte Zeit zu kommen und für diese Zeit eine Überwachungskommission einzusetzen, die alle Verstöße gegen die getroffenen Abmachungen durch Verhandlungen regelt. Der Vorteil solcher Abmachungen sollte nach damaliger Auffassung, die wohl auch heute noch richtig ist, darin bestehen, dass für die Dauer des Abkommens der Arbeiter weiß, was er zu beanspruchen hat; für den Unternehmer bestand bei Innehaltung des Abkommens die Sicherheit, für die Dauer des Abkommens ruhig mit genügender Vorausberechnung fabrizieren zu können. Wenn die Unternehmer diesen, den Unternehmen wie auch den Arbeitern zugute kommenden Gedanken nicht gutgeheißen haben, so liegt es zweifellos daran, dass in damaliger Zeit die Unternehmer glaubten, ohne derartige Abkommen uneingeschränkte Ausbeutungsfreiheit zu haben und dabei mehr zu profitieren. (13)

Im Jahre 1905 war das Bemerkenswerteste unter den Kämpfen in Berlin die Elektro-Aussperrung, die anschließend an einen verhältnismäßig kleinen Streik in einem Betrieb der Firma Siemens&Halske und der AEG in Oberschöneweide ausbrach. Durch diese Aussperrung, die den bis dahin noch Unorganisierten die Taktik des Unternehmertums in krassester Weise vor Augen führte, gewann die Organisation weit über 10.000 Mitglieder. Es war für jeden, der die Verhältnisse kannte, klar, dass die geringfügigen Forderungen, die die Streikenden stellten, unmöglich die Firmen zur Aussperrung veranlassen konnte, vielmehr war der „Herr-im-Hause-Standpunkt“, das Streben, sich in seinen Ausbeutungsmöglichkeiten nicht beschränken zu lassen, die Triebfeder der Aussperrung.

Das sahen auch die Arbeiter ein, und dabei erwachte bei vielen Tausenden der Gedanke der Notwendigkeit, diesem Unternehmertum eine Macht entgegenzustellen, die stark genug war,

wenn irgend angängig, die Halsstarrigkeit der Unternehmer zu brechen. Das ist ein Erfolg dieser Aussperrung, der nicht dadurch verkleinert wurde, dass die beiden verhältnismäßig kleinen Streiks, die zur Aussperrung führten, ohne direkten Erfolg beendet werden mussten.

Das Jahr 1906 brachte im Frühjahr ohne Kampf eine Erweiterung des Tarifvertrages für die Bauklempner und einen in seinem Umfang bis dahin noch nicht da gewesenen Tarifikampf der Bau-schlossler. Dazu kamen noch zirka 15.000 Mai-Ausgesperrte nebst einer ganzen Reihe sonstiger Kämpfe, so dass das Jahr 1906 wohl als eins der bedeutungsvollsten Kampffahre angesprochen werden kann.

Im Herbst 1906 begann der große Kampf wegen der vom Unternehmer ins Leben gerufenen gelben Werksvereine, von den

Kollegen allgemein als "Gelbe Seuche" bezeichnet, bei der Firma Siemens & Halske. Bis Jahresabschluss war dieser Kampf noch nicht beendet; erst 1907 konnte er zu Ende geführt werden.

Im Jahre 1906 erfolgte auch die Absplitterung der Rohrleger, die glaubten, den Lockungen eines früheren Verbandsangestellten folgen zu müssen und eine eigene Organisation errichteten. Das Schicksal dieser eigenen Organisation ist bekannt; heute sind die im Jahre 1906 abgesplitterten Rohrleger längst wieder zum Verband zurückgekehrt.

Von den großen Kämpfen in den Eisengießereien Deutschlands 1906 ist Berlin nicht berührt worden, wenn auch die angedrohte Aussperrung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen Deutschlands, die allerdings nicht zur Ausführung kam, Berlin mit betroffen hätte.

Die nächsten Jahre waren Jahre der niedergehenden Konjunktur. Deshalb unterblieben umfangreiche Angriffskämpfe, obgleich die



1907–1912. Erstes Verbandshaus der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
NW 6, Charitéstraße 3

Abb. 8: 1907 – 1912 Erstes Verbandshaus der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin NW 6, Charité-Str. 3

zahlreichen Einzelkämpfe einen Umfang annahmen, der wesentlich größer war, als dies zuvor der Fall gewesen ist. Diese Krise, besonders im Bauberufe, rief Unternehmer auf den Plan, um, wenn möglich, sich der Lasten zu entledigen, die ihnen durch die Kämpfe der früheren Jahre auferlegt waren. Wir sehen deshalb im Jahre 1909-1910 Kämpfe der Berliner Bauklempner, die wenig oder gar keinen Fortschritt bezüglich der sozialen Position der Arbeiter brachten. 1911 wurde als hervorragendste Lohnbewegung des Jahres der große Kampf in den Eisengießereien, der die Aussperrung der Berliner Metallindustrie hervorrief, von der zirka 80.000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen wurden, geführt. Der Kampf endete nach monatelanger Dauer mit einer Vereinbarung für das Berliner Eisengießereigewerbe.

Die nächsten Jahre bis zum Kriegsbeginn brachten die gewöhnlichen Kämpfe in einzelnen Berufsgruppen und Untergruppen, sowie in einer großen Reihe einzelner Werkstätten, in einem Umfang, dass man wohl sagen kann, die Verwaltungsstelle Berlin ist keinen Tag des Jahres ohne Streik gewesen.

Unter konsequenter Betonung des Kampfwillens zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte die Organisation in Berlin ihren Wirkungsgrad entfaltet. Wenn auch einzelne Kämpfe, die sich über ganze Industriezweige ausdehnten, nicht erfolgreich zu den gesteckten Zielen führten, so hatte doch im allgemeinen die von der Organisation befolgte Richtung das Verständnis und die Zustimmung der Metallarbeiterschaft ausgelöst.

Trotz aller Versuche des koalitierten Unternehmertums, sowie der mit ihm im Bunde stehenden Staatsgewalt, die Entwicklung der freigewerkschaftlichen Kampf-Organisationen der Metallarbeiter zu hindern und eventuell ganz zu unterbinden, war diesen reaktionären Kräften ein Erfolg nicht beschieden.

Je nach der Wirtschaftslage, ob Krisenzeit oder Hochkonjunktur sowie auch im gewissen prozentualen Verhältnis zur Entwicklung der Metallindustrie Groß-Berlins überhaupt, wuchs die Mitgliederzahl unserer Organisation, manchmal langsamer, manchmal sprunghaft, und die stattliche Mitgliederzahl von 90.689 am Schluss der Jahres 1913 legte ein beredtes Zeugnis für die Werbekraft der in unserer Organisation befolgten Ideen und Tendenzen ab.

Alle gaben sich der Erwartung hin, dass die Entwicklung der Metallarbeiterbewegung Berlins in absehbarer Zeit dazu führen müsste, bei der Weiterbefolgung des bisher eingeschlagenen Weges die gesamte Groß-Berliner Metallarbeiterschaft unter der Fahne unserer Organisation zu vereinigen. Die Erwartungen eines großen Teils der Kollegen, die infolge ihrer langjährigen Funktönartätigkeit nicht nur persönlich, sondern auch geistig mit der Organisation bereits verwachsen waren, sollten in der kommenden Zeit, bedingt durch bestimmte Ereignisse, enttäuscht werden.

Der durch die kapitalistischen Gegensätze der Industriestaaten der Welt im August 1914 heraufbeschworene Krieg brachte unserer Verwaltungsstelle nicht nur sachliche und technische Schwierigkeiten, sondern bedingte auch ganz wider Erwarten eine vollkommen geistige Umstellung.

Wenn, wie schon angeführt, bisher die Berliner Metallarbeiter-Organisation konsequent auf dem Boden der Kampftheorie gestanden hatte, wurde infolge der von außen einwirkenden politischen Einflüsse diese Tendenz im Allgemeinen verändert. Während die politische Vertretung der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft im Parlament - die sozialdemokratische Partei Deutschlands - bisher auf politischem Gebiet den Standpunkt des Klassenkampfes mit derselben Konsequenz vertrat, wie er auf wirtschaftlichem Gebiet von den Gewerkschaften vertreten wurde, änderte die Kriegspsychose die geistige Einstellung der politischen Führer der Arbeiterschaft. Der aus dieser geistigen Einstellung entstandene politische Burgfriede musste naturgemäß auf die andere Organisationsform der Arbeiterschaft, die freigewerkschaftliche, wenigstens soweit ihre Führung in Frage kam, bestimmend einwirken.

Damit war durch die Änderung der gewerkschaftlichen Taktik die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Burgfrieden geschaffen, der in späteren Jahren so große Gegensätze in der freige-

werkschaftlichen Arbeiterbewegung heraufbeschwören sollte. Zur Charakterisierung des Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen Arbeiter- und Unternehmerschaft am Schluss des Jahres 1914 soll die Stelle des Jahresberichts weitergegeben werden, die sich mit diesem Verhältnis beschäftigt, und zwar heißt es auf Seite 5 des erwähnten Berichts:

"Die Haltung der Arbeitgeber war in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch unglaublich rigoros. Keinerlei Verständigung war möglich, so dass die Empörung der Arbeiter einen hohen Grad erreichte.

Plötzlich aber schlug die Stimmung um. Es kamen nämlich Aufträge von der Heeresverwaltung, und zwar in so großem Umfange, dass an Stelle des bisheriger Überflusses an Arbeitskräften ein Arbeitermangel eintrat, verursacht durch die Einziehung Tausender und Abertausender zum Heeresdienst und zum anderen durch die immer größer werdenden Aufträge der Heeresverwaltung. Nun war von keinerlei Abzügen mehr die Rede. Nun fanden die Arbeitgeber wieder andere Töne! Um möglichst jedwede Störung zu verhüten, wurde nun unseren Kollegen in den schönsten Tönen das Lied von den Pflichten dem bedrängten Vaterlande gegenüber vorgesungen.

Glücklicherweise hatte die Mehrzahl unserer Kollegen sehr wohl verstanden, was es mit diesen schönen Worten der Unternehmer auf sich hatte; und zwar der Unternehmer, die noch kurz vorher glaubten, eine günstige Gelegenheit ausnutzen zu können, um die Arbeiter recht kräftig zu drücken."

Diese kurze Charakteristik zeigt mit vollkommener Klarheit, wie das Gros der Berliner Metallarbeiterschaft den kapitalistischen Auswirkungen beim Kriegsbeginn gegenüberstand.

Wenn auf Grund dieser Erkenntnis es gar nicht zweifelhaft sein konnte, wie die Berliner Metallarbeiterschaft im Allgemeinen zu einer Änderung der Taktik der Organisation stehen würde, und trotzdem in allernächster Zeit eine Verständigung mit dem Unternehmertum der Metallindustrie, sowie der damals alles unter ihren Stiefel tretenden Militärbehörden propagiert wurde, war es nicht zu vermeiden, dass diese Gegensätzlichkeit in der Auffassung der Mitgliedschaft zur Organisationsleitung, schwere innere Kämpfe in der Organisation heraufbeschwören musste. (14)

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin
18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel III

1914 bis 1918

Autor: Wolfgang Mähler

Schon im Dezember des Jahres 1914 zeigten sich auf Anregung der Unternehmer in den Betrieben die ersten Maßnahmen der Kriegsbehörden, und zwar wurde allen in der Metallindustrie Beschäftigten das Recht der Freizügigkeit dadurch unterbunden, dass der Wechsel der Arbeitsstellen dem Metallarbeiter die angenehme Aussicht brachte, für die Interessen des deutschen Kapitals den Heldentod sterben zu dürfen. Trotzdem ließ sich die Metallarbeiterschaft in der Stellung ihrer wirtschaftlichen Forderungen, die durch die Steigerung der Preise der Lebenshaltung für sie eine Notwendigkeit wurden, nicht einschüchtern.

Das Unternehmertum, im Bunde mit den Behörden, suchte jetzt nach einem anderen Ausweg, um die in Berlin noch vorhandenen Ausbeutungsobjekte möglichst an ihren Betrieb zu fesseln; denn trotz allen Hasses mit dem das Unternehmertum den freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter bisher verfolgt hatte, war es ihm doch eine Selbstverständlichkeit, dass nur dann Profit erzeugt werden kann, wenn eine möglichst große Zahl von Arbeitern ohne besondere - durch den Wechsel des Arbeitsplatzes bedingte - Störungen zur Arbeitsleistung zur Verfügung steht.

Die nächste Maßnahme, die von der Feldzeugmeisterei für die Metallindustrie eronnen wurde, war der so genannte "Kriegsschein", ohne den ein Unternehmer einen aus einem anderen Betriebe abgegangenen Arbeiter nicht einstellen durfte. Durch den sich in sehr vielen Betrieben gegen diese Maßnahme der Militärbehörde zeigenden Widerstand der Arbeiterschaft sah sich die Organisationsleitung in Berlin gezwungen, mit den Militärbehörden Verhandlungen anzuknüpfen. Trotzdem die Metallarbeiterschaft damals erwartete, dass durch das Dazwischentreten der Organisation diese Beschränkung der Freizügigkeit aufgehoben werden würde, wurde von der Organisationsleitung, gleichzeitig im Namen der in der Metallindustrie mit interessierten Organisationen, eine Vereinbarung getroffen, die unter dem Namen "Kriegsausschuss für die Metallindustrie Groß-Berlins" die ersten Beweise burgfriedlichen Arbeitens zwischen Arbeiter- und Unternehmer-Organisation unter Mitwirkung der Militärbehörden lieferte.

Der steigende Bedarf des menschenfressenden Krieges nach neuem Kanonenfutter führte zu immer stärkerer Herausziehung der in der Kriegsindustrie noch beschäftigten militärfähigen Arbeiter. Genau so wie in allen anderen kriegführenden Staaten die Metallindustrie der für die Kriegsführung unentbehrlichste Industriezweig war, musste unter der immer stärkeren "Auskämmung" die Produktion der Metallindustrie am stärksten leiden. Dazu kam die riesige Anforderung, die das so genannte "Hindenburg-Programm" an die Metallindustrie stellte. Die mit immer größerem Raffinement ausgestalteten technischen Werkzeuge der Kriegsführung verlangten ebenfalls durch ihren kolossalen Verbrauch eine gewaltige Produktionssteigerung in der Metallindustrie.

Da nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch weite Kreise des Bürgertums sich in immer steigenderem Maße in Opposition zu der Weiterführung des Krieges stellten, und die beim Bürgertum in der ersten Zeit des Krieges noch sehr starke freiwillige Hilfe zur Durchführung der Kriegserfordernisse ganz merklich abflaute, sahen sich die interessierten Stellen der Kriegsführung (Unternehmer und Militär) erneut veranlasst, durch gesetzliche Maßnahmen das erheblich gesunkene Interesse für die Arbeitsleistung der Kriegsindustrie zwangsweise zu steigern. Dieser Zweck sollte durch das am 5. Dezember 1916 erlassene Gesetz über den "Vaterländischen Hilfsdienst" erreicht werden.

Wie so vieles, was während der Kriegszeit zum Schaden der Arbeiterschaft eingeführt wurde, in Berlin seinen Ursprung hatte, ertönte die Fanfare für das Hilfsdienstgesetz auch von Berlin aus. Durch einen Artikel im "Berliner Tageblatt" wurde die Arbeiterschaft damals mit der ihr neu drohenden Gefahr bekannt gemacht. Nach einer anfänglichen Opposition fanden sich unsere Organisation und ihre Leitung nach kurzer Zeit auch mit diesem Gesetz ab.

Die bis dahin illegal tätigen Funktionäre der Organisation erhielten durch dieses Gesetz eine gewisse Daseinsberechtigung. Für die wirklichen Interessen der organisierten Arbeiterschaft konnten sie aber nicht wirksam werden, weil irgendwelche besonderen Schutzbestimmungen für die

Tätigkeit der gewählten Arbeiterausschussmitglieder nicht vorgesehen waren, und dort, wo es nicht durch den Kampfwillen der Belegschaft verhindert wurde, verfielen die im Interesse der Kollegenschaft ihre Arbeiterausschusstätigkeit versehenden Kollegen sehr schnell der Rache und Vergeltung der sich durch diese Arbeit in ihrem Profit bedroht fühlenden Unternehmer der Metallindustrie der Denunziation der Militärbehörden, die fast jedes Mal mit der Auslieferung an den Moloch "Militarismus" endigte.

Die hauptsächliche Tätigkeit, die die Arbeiterausschussmitglieder in der Groß-Berliner Metallindustrie ungestraft für das Unternehmertum ausüben durften, war die Beschaffung von Nahrungsmitteln für die körperlich immer mehr verelendenden Metallarbeiter. Alles, was irgendwie an Leistung aus den Körpern der Arbeiter herausgepresst werden konnte, wurde herausgeholt, ohne dass dafür gesorgt wurde, dass die Arbeiterschaft auch einigermaßen die Nahrungsmittel erhielt, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit benötigte.

So war es nicht zu verwundern, dass im Frühjahr 1917, wo naturgemäß auch in normalen Jahren die Ernährung der Bevölkerung mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden ist, die in der Metallindustrie beschäftigten Rüstungsarbeiter die vollkommen ungenügende Ernährung nicht mehr glaubten ertragen zu können. Dazu kam, dass die Unzufriedenheit der Metallarbeiter Berlins über die endlose Fortführung des Krieges sich immer mehr steigerte. Es wurden schon damals deutlich erkennbare Anzeichen in den Großbetrieben bemerkbar, dass der Gedanke bei der Metallarbeiterschaft sich immer mehr festsetzte, durch eine direkte Aktion die Beendigung des Krieges herbeizuführen. Wer damals Gelegenheit hatte, die Funktionärkonferenzen der verschiedenen Großbetriebe der Rüstungsindustrie zu besuchen, wird sich noch genau der Debatten erinnern, die darauf hinausliefen, die Frage der Unterernährung mit einem politischen Vorstoß der Arbeiterschaft zu verquicken. Obwohl damals diese Stimmen schon sehr zahlreich waren, zeigte eigenartiger Weise doch die am 15. April stattfindende Generalversammlung ein von dieser Auffassung wesentlich abweichendes Bild. Nachdem die Funktionäre in der vorausgegangenen Woche in den Großbetrieben beschlossen hatten, am Montag, den 16. April, zur Erzwingung besserer Ernährungsverhältnisse in den Ausstand zu treten, beschloss die Generalversammlung, dass, wenn der Ausstand Tatsache werden sollte, die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes die erforderlichen Schritte zur Beilegung des Ausstandes unter Verfolgung seines Zieles unternehmen sollte.

Das war ein Beweis dafür, dass die zur Durchführung direkter proletarischer Aktionen notwendige Stimmung bei der Masse der Berliner Metallarbeiter noch nicht vorhanden war.

Am 16. April wurde der erste allgemeine Streik während der Kriegszeit akut. Von 271.741 Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Rüstungsindustrie beschäftigt waren, traten 217.420 in den Ausstand, ein Zeichen dafür, wie weit durch die fortwährend sich steigende Unterernährung die Verzweiflung der Arbeiterschaft gediehen war.

Einer von der streikenden Arbeiterschaft gewählten Kommission wurden in Bezug auf die Regelung der Ernährungsverhältnisse unverbindliche Versprechungen gemacht und gleichzeitig wurde eine aus Arbeitern bestehende Kommission, als mitwirkende Kontrollinstanz bei den Ernährungsbehörden, gebildet. Nach wenigen Tagen fand der Streik seinen Abschluss. Nur einzelne Betriebe, bei denen die politische Gärung ein über den Durchschnitt hinausragendes Maß erreicht hatte, nahmen die Arbeit mit der übrigen Arbeiterschaft nicht sofort auf, sondern stellten bestimmte politische Forderungen, für die aber damals die große Masse der Metallarbeiter nicht zu begeistern war.

Infolgedessen waren auch diese Betriebe nach einigen Tagen genötigt, ohne irgendetwas Positives erreicht zu haben, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Dieses erste gewaltige sichtbare Zeichen der Unzufriedenheit mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen, sowie andererseits der Versuch, durch eine Massenaktion der Metallarbeiter Einfluss auf die Beendigung des Krieges zu bekommen, war den militärischen Diktatoren sehr

erschreckend in die Glieder gefahren. Während bis zum 15. April 1917 unsere Verwaltungsstelle unbehindert alle ihre notwendigen Organisationsveranstaltungen ungestört durch die Militärbehörden wahrnehmen konnte, wurde es nach diesem Auftakt der Arbeiter-Initiative fast zur Unmöglichkeit.

Die am 15. April beschlossene neue Tagung zum 29. April wurde durch das Oberkommando in den Marken mit der Begründung verboten, dass auf dieser Generalversammlung eventuell erneut zu einer für den 1. Mai in Aussicht genommenen Arbeitsniederlegung Propaganda gemacht werden könnte. Nachdem sich dieses zu Ohren der Polizei gekommene Gerücht - wie so vieles - als eine Spitzelarbeit herausstellte, wurde eine zum 6. Mai erneut einberufende Generalversammlung genehmigt, wenn von der Tagesordnung die Neuwahl der Ortsverwaltung respektive des ersten Bevollmächtigten gestrichen würde, weil man befürchtete, dass die Wahl des ersten Bevollmächtigten politische Diskussionen heraufzubeschwören in der Lage wäre. Alle anderen Generalversammlungen wurden ebenfalls nur dann genehmigt, wenn die Mitgliedschaft von dem statutari- schen Recht der Neuwahl ihrer Leitung Abstand nehmen würde.

Auch eine auf den 3. September 1917 ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung wurde wegen dieses Tagesordnungspunktes vom Oberkommando in den Marken verboten.

Da es auf diesem Wege nicht möglich war, die Neuwahl der Verbandsleitung vorzunehmen, teilten beide Bevollmächtigten dem Vorstand mit, dass sie sich unter diesen Umständen veranlasst sehen, von ihrem Posten zurückzutreten, gleichzeitig ersuchten sie den Vorstand, eine Regelung in Berlin zu treffen.

Die zwei Tage nach dem Termin der verbotenen Generalversammlungen in ganz Berlin stattfindenden Bezirkskonferenzen nahmen Resolutionen an, die ebenfalls unter diesen Verhältnissen den Rücktritt der Bevollmächtigten forderten. (15)

Quellennachweis zu Kapitel I, I a, II, III

1. Erinnerungszeitschrift der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für die Zeit ihres 25jährigen Bestehens, S. 1f.
2. Ebenda, S. 4f., 1. Abschnitt
3. Ebenda, S. 5
4. Ebenda, S. 6, rechts; S. 7 links
5. Ebenda, S. 7, rechts; S. 8f. oben links
6. Ebenda, S. 11, links Mitte
7. Ebenda, S. 12f.
8. Ebenda, S. 17, links
9. Ebenda, S. 18f., links
10. Ebenda, S. 21f., links
11. Ebenda, S. 22, links unten, rechts oben
12. Ebenda, S. 22, rechts unten, links oben
13. Ebenda, S. 24
14. Ebenda, S. 24, rechts unten; S. 25f., links
15. Ebenda, S. 26, rechts; S. 27f.

